

Süddeutsche Zeitung, 10.05.2005, Ausgabe Deutschland, S. 8

Ressort: Politik

Lockerer zocken

Bund und Länder streiten über neue Regeln für Spielhallen

Klaus Ott

Es gibt ihn noch, den Unternehmer, auf den die SPD stolz ist. Er heißt Paul Gauselmann, hat Europas führende Firmengruppe für den Bau und Betrieb von Spielautomaten aufgebaut und stellt mehr Leute ein als aus. Im vergangenen Jahr bekam der erfolgreiche Geschäftsmann aus Ostwestfalen den Innovationspreis der SPD für den weltweit ersten Tischfußball-Computer, mit dem die Vergnügungsbranche nun versorgt wird. 5500 Menschen beschäftigt Gauselmann in seinem Familienkonzern, vier Fünftel davon in Deutschland, wo der Daddel-König sich mit einer eigenen Stiftung um Kultur und Soziales kümmert. "Von global operierenden Unternehmen erwartet die Gesellschaft Vorbildfunktion", lautet ein Firmenslogan.

Das gefällt auch Bundeswirtschaftsminister und SPD-Vizechef Wolfgang Clement, der die Gauselmann-Gruppe schätzt und fördert. Von Ostwestfalen aus werde selbst Las Vegas mit Glücksspielautomaten beliefert, sagt Clement im kleinen Kreis. Solche Industriezweige müssten die Chance haben, sich auf den heimischen Märkten zu entwickeln. Sonst seien die Exporte gefährdet - und die Arbeitsplätze. Clements Ressort will die Verordnung für die gut 7000 Spielhallen in Deutschland lockern, um der Automaten-Branche angesichts der wachsenden Konkurrenz durch Fernsehen und Internet eine "neue Perspektive" zu geben. Es geht um einen Markt von fast zehn Milliarden Euro. Und natürlich darum, wo das viele Geld ausgegeben wird. Auch die Casinos wollen kassieren.

Künftig sollen in den Spielhöhlen mehr Geräte erlaubt sein, an denen schneller gezockt wird; mit Mindestlaufzeiten von nur noch drei statt zwölf Sekunden, mit höheren Einsätzen, höheren Gewinnen - und entsprechend Verlusten. In dieser Woche will Clements Ministerium einen innerhalb der Bundesregierung abgestimmten Entwurf an die 16 Bundesländer schicken. Sie könnten, so der Zeitplan, nach der parlamentarischen Sommerpause dem Vorhaben zustimmen. Anfang 2006 wäre dann die "überholte" Verordnung endlich modernisiert, wie Gauselmann hofft.

Bingo für sechs

Der Branchen-König könnte in großem Stil neue Automaten mit seinem Firmensymbol, einer lachenden Sonne, bauen und aufstellen lassen. Bei den Ländern sei allerdings noch eine "intensive politische Überzeugungsarbeit" notwendig, notierte Geschäftsführer Harro Bunke vom Bundesverband der Automatenunternehmer kürzlich in einem internen Rundschreiben.

Das gelte insbesondere für jene Geräte, an denen künftig bis zu sechs Besucher gemeinsam ihr Heil suchen könnten, etwa beim Bingo.

Das ist eine der vielen Neuerungen, die Clement planen lässt, sehr zum Verdruss der Glücksspielreferenten in den Innenministerien der Länder. Die Innenressorts beaufsichtigen fast alles, was mit Spiel und Glück zu tun hat, vom Lotto bis zu den Casinos. Die Automatenzunft indes fällt unter das Gewerberecht. Die Länder wären gerne auch hier zuständig, und Einwände gegen die geplante Spielhallen-Novelle haben sie genug.

Die Glücksspielreferenten warnen in einem Schreiben an das Bundeswirtschaftsministerium, es könnten noch mehr Menschen der Spielsucht anheim fallen. 150 000 Menschen in Deutschland seien bereits krankhafte Zocker, schätzen Experten. Pro Jahr werden mehrere tausend ambulant oder in Spezialkliniken behandelt. Ilona Füchtenschnieder vom Fachverband Glücksspielsucht fordert scharfe Kontrollen in den Spielhallen. Und aus den Gaststätten müssten die Automaten verbannt werden. Die Glücksspiel-Experten der Länder nennen gar die Schweiz als Vorbild: Dort seien seit April 2005 Geldautomaten nur noch in Casinos zugelassen.

Poker an der Straßenecke

Das wäre wohl auch den gut 70 Spielbanken in Deutschland am liebsten, die den Ländern entweder gehören oder von ihnen zugelassen sind. Casino-Chefs wie Kurt Bohr in Saarbrücken oder Matthias Hein in Kiel protestieren bei Bund und Ländern gegen die Spielhallen-Novelle. Glücksspielautomaten wie in den - konzessionierten - Casinos seien sonst "an jeder Straßenecke zulässig". Mit den neuen Automaten, an denen sechs Besucher gemeinsam agieren könnten, seien sogar Roulette, Poker, Black Jack oder Baccara möglich, typische Spielbanken-Angebote. Das fürchten auch die Glücksspiel-Experten in den Innenministerien, und fordern hierfür ein "ausdrückliches Verbot".

Damit wäre freilich wenig gewonnen, solange die Casinos die Gäste nur am Roulette-Tisch im Auge haben, nicht aber in ihren weit umsatzstärkeren Automatenhallen. Auch dort wollten die Innenminister der Länder Ausweiskontrollen durchsetzen. Sie scheiterten bisher aber an den Finanzministern, die ihre meist leeren Kassen mit den Abgaben der Spielbanken etwas auffüllen. Und diese Abgaben wiederum, prophezeien die Casinos-Chefs, könnten um die Hälfte und mehr zurückgehen, wenn die Spielhallen nach Clements Plänen stark expandieren dürften. Es geht also nicht nur um den Schutz der Zocker.

Gauselmann und seine Partner verstehen die Proteste nicht. Bei den Sechs-Personen-Geräten, vor denen die Casinos so viel Angst haben, wollen man den Verlust auf 14,50 Euro die Stunde begrenzen. In den Spielbanken könne ein Gast gleich 50 000 Euro einbüßen. Das sei überhaupt nicht vergleichbar, sagen die Automatenverbände, die politisch bestens vernetzt sind. Sie sponsern sogar Schafkopf-Turniere im Bundestag. Denn auch dort wird gerne gezockt.

Bildunterschrift: Bingo! Setzt sich Bundeswirtschaftsminister Clement durch, kann man an Daddelautomaten in Zukunft schneller Geld verlieren.

Keystone